

Olaf Winkel

Perspektiven des Wandels
Das politisch-administrative System und die Gesellschaft Deutschlands
vor neuen Herausforderungen

Beiträge aus der FHVR Berlin Nr. 82. Berlin 2005.

1. Einführung

Aus dem gesellschaftlichen Wandel erwachsen Politik und Verwaltung in Deutschland vielfältige neue Herausforderungen. Einige zentrale Probleme und die Strategien, welche zu ihrer Bewältigung in Betracht kommen, werden in der vorliegenden Arbeit näher beleuchtet. Den Ausgangspunkt der Überlegungen bildet die Metapher der Informationsgesellschaft, die wie keine andere für die tiefgreifenden Umbrüche steht, mit denen sich die Menschen heute in fast allen Lebens- und Arbeitsbereichen konfrontiert sehen. Weitere mit dem Übergang zur Informationsgesellschaft eng verwobene Aspekte – insbesondere die Globalisierung und die autopoietische Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft, aber auch der sozialpsychologische Wertewandel – werden an den dazu geeigneten Stellen in die Betrachtungen einbezogen.

2. Informationsgesellschaft

Die Frage, was das Wesen einer Informationsgesellschaft ausmacht, ist umstritten, was angesichts der Tatsache, dass hier nicht weniger zur Debatte steht als der Zustand und die Entwicklungsperspektiven der Moderne, aber auch kaum verwundern kann.¹ Immerhin herrscht inzwischen aber im Hinblick auf drei Merkmale Einigkeit, welche unter die Begriffe Digitalisierung, Informatisierung und Beschleunigung subsumiert werden können. Danach stellt die Informationsgesellschaft erstens eine Gesellschaft dar, in der immer mehr zentrale Funktionen auf der Basis elektronischer Netzwerke abgewickelt werden, zweitens eine Gesellschaft, in der die mit der Digitalisierung einhergehende Informationsexplosion den rationalen Umgang mit Wissen zu einem zentralen Erfordernis macht², und drittens eine Gesell-

¹ Dies und das Folgende nach Kleinsteuber, Hans: Informationsgesellschaft – Entstehung und Wandlung eines politischen Leitbegriffs, in: Gegenwartskunde 1/1997, S. 41 ff und Winkel, Olaf: Informationsgesellschaft, in: Eichhorn, Peter u.a. (Hrsg.): Verwaltungsglossikon, Baden-Baden 2003, S. 500 ff.

² Wissen kann in diesem Zusammenhang als „verarbeitete Information“ oder als „Veredlung von Informationen“ verstanden werden. So Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Schlussbericht zur Globalisierung der Weltwirtschaft, Opladen 2002, S. 259.

schaft, in der Interaktionsbeziehungen mit hohem Informationsanteil über Kontinente hinweg in Echtzeit abgewickelt werden können.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird der Übergang zur Informationsgesellschaft in erster Linie mit der Verbreitung des Internet verbunden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass diese nicht die Ursache, sondern lediglich eine besonders augenfällige Ausprägung der Digitalisierung und Informatisierung von Lebens- und Arbeitsbereichen darstellt.

3. Weitere Aspekte des Wandels

Wer die Herausforderungen verstehen will, die sich dem politisch-administrativen System und der Gesellschaft der Bundesrepublik heute stellen, muss die Phänomene der Globalisierung, der autopoietische Ausdifferenzierung und des sozialpsychologischen Wertewandels, welche mit dem Übergang der entwickelten Länder in das Stadium der Informationsgesellschaft in einem engen Zusammenhang stehen, in die Betrachtungen einbeziehen.

3.1 Informationsgesellschaft und Globalisierung

Globalisierung steht nach einer verbreiteten Sichtweise für die Zunahme und Verdichtung von grenzüberschreitenden Aktivitäten der Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft.³ Dass eine Informationsgesellschaft nur als global ausgerichtete Gesellschaft denkbar ist, ergibt sich schon aus der grenzüberschreitenden Struktur ihrer Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen. In dem Maße, wie nationale Grenzen für den Austausch von Informationen und die Abwicklung arbeitsteiliger Prozesse in der Folge der Digitalisierung an Bedeutung verlieren, erscheinen der Übergang in das Informationszeitalter und die Globalisierung als zwei ineinander verwobene „Megatrends“.⁴ In diesem Sinne ist gelegentlich auch von der Herausbildung einer „Weltinformationsgesellschaft“ oder einer „globalen Wissensgesellschaft“⁵ die Rede.

³ Näheres dazu etwa bei Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung, Frankfurt a.M. 1998 oder Robert, Rüdiger: Globalisierung als Herausforderung des politischen Systems, in: Robert, Rüdiger (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland – Politisches System und Globalisierung, Münster 2000, S. 19 ff.

⁴ So Enquete Kommission Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Zur Ökonomie der Informationsgesellschaft, Bonn 1997, S. 15.

⁵ So Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Schlussbericht zur Globalisierung der Weltwirtschaft, Opladen 2002, S. 259.

Die durch die informationstechnischen Innovationen immer weiter vorange- triebene Globalisierung stellt auch Deutschland vor schwierige Herausfor- derungen. Insbesondere leistet sie einer politischen Steuerungskrise Vor- schub, weil sie die Möglichkeiten, welche national basierten politisch- administrativen Systemen zur Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme zur Verfügung stehen, zunehmend überfordert. Auch im Hinblick auf den Wohlstand und die soziale Sicherheit der Bevölkerung bringt die Globali- sierung trotz aller anderslautenden Bekundungen derjenigen, die Optimis- mus und Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit predigen, weniger neue Chancen als neue Probleme mit sich: Weil sie die Nationalstaaten zu einem ruinösen Wettbewerb um Investitionen zwingt, trägt sie maßgeblich zur Krise der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme bei.

3.2. Informationsgesellschaft und autopoietische Ausdifferenzierung

Der Begriff der Autopoiesis geht auf einen Ansatz der Systemtheorie zu- rück, nach der sich die Gesellschaft als Gesamtheit aufeinander bezogener sinnhafter Handlungen oder Kommunikationen begreifen lässt⁶ Er steht für das Phänomen einer stetigen Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsys- teme, die unterschiedlichen Funktionslogiken folgen und sich daher immer weiter voneinander abschotten. Weil das Individuum in seiner konkreten Lebenswelt in die unterschiedlichsten Teilsysteme eingebunden und den Imperativen der unterschiedlichsten Funktionslogiken ausgeliefert ist, füh- ren die autopoietischen Entwicklungen dazu, dass sich das menschliche Da- sein immer komplexer gestaltet und zunehmend paradoxe Strukturen auf- weist.

Der Zusammenhang zwischen diesem Phänomen und der Herausbildung der Informationsgesellschaft resultiert nicht zuletzt aus dem Umstand, dass Ausmaß und Tempo der autopoietischen Ausdifferenzierung wesentlich durch den Umfang der gesellschaftlichen Interaktionen mitbestimmt wer- den, und dass die elektronischen Netzwerke die verfügbaren Interaktions- räume in einem nie zuvor gekannten Ausmaß erweitern. Während Kommu- nikations- und Kooperationsbeziehungen, die wegen des rigiden Umgangs mit sozialer Abweichung uniformisierend wirken, innerhalb einer kleineren sozialen Einheit wie einer Dorfgemeinschaft noch die Regel sind, ist ihre Bedeutung innerhalb einer größeren sozialen Einheit wie einer städtischen

⁶ Näheres dazu insb. bei Luhmann, Niklas: Autopoiesis als soziologischer Begriff, in: Haferkamp, Hans und Michael Schmid (Hrsg.): Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung, Frankfurt a.M. 1987, S. 307 ff. Siehe aber etwa auch Claessens, Dieter und Daniel Tyradellis: Konkrete Soziologie, Opladen 1997, S. 233 ff.

Metropole schon weitaus geringer. Zur Ausnahme werden sie aber erst dort, wo sich das Spektrum der Interaktionsoptionen quasi in das Grenzenlose erweitert, was in grenzüberschreitend angelegten offenen Kommunikationsnetzen wie dem Internet der Fall ist. Und damit zeichnen sich hier auch bereits die Wechselwirkungen ab, die Autopoiesis und Globalisierung unter den Vorzeichen der Informationsgesellschaft aufweisen.

Weil die autopoietische Ausdifferenzierung dazu führt, dass die Komplexität und Unübersichtlichkeit der modernen Gesellschaft stetig zunimmt, wird die politische Steuerungskrise durch sie noch weiter verschärft. Denn neben das Problem, dass sich der Nationalstaat für die Bewältigung vieler globalisierungsbedingter Herausforderungen als zu klein erweist, tritt auf diese Weise das Problem, dass er für die Bewältigung vieler differenzierungsbedingter Herausforderungen zu groß erscheint.

3.3 Informationsgesellschaft und sozialpsychologischer Wertewandel

Mit den ineinander verwobenen Phänomenen der Digitalisierung, Informatisierung, Globalisierung und Ausdifferenzierung geht eine weitere Entwicklung einher, welche die deutsche Gesellschaft ebenfalls nachhaltig prägt. Dabei handelt es sich um einen sozialpsychologischen Wertewandel, welcher inzwischen nicht nur durch die alten, sondern auch durch die neuen Medien beeinflusst wird.⁷ Dieser Wertewandel findet seinen Ausdruck unter anderem darin, dass Lebensgenuss und Selbstverwirklichung als Motive des Handelns an Bedeutung gewinnen, während gleichzeitig die Bereitschaft abnimmt, sich in vorgegebene Ordnungen einzufügen und Autoritäten mit Gehorsam zu begegnen.

Dadurch geraten die Wertverwirklichungsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger mit den überkommenen Wertverwirklichungsmöglichkeiten, die ihnen Politik, Verwaltung und Gesellschaft bieten, aber zunehmend in Konflikt. In dem Maße, wie sich dieser Konflikt verschärft, werden die konstruktiven Potentiale des Wertewandels blockiert und seine destruktiven zur Entfaltung gebracht, was seinen Ausdruck etwa im Vordringen einseitig konsumorientierter Lebensstilen und in einer immer weiter um sich greifenden Politikverdrossenheit finden kann. Zur Eindämmung und Umkehrung dieses Trends wird die Anpassung der Wertverwirklichungsangebote an die veränderten Wertverwirklichungsbedürfnisse durch die Schaffung „enga-

⁷ Näheres dazu insb. bei Klages, Helmut: Die Realität des Wertewandels, in: Ansgar Klein (Hrsg.): Grundwerte der Demokratie, Bonn 1995, S. 81 ff und ders.: Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/2001, S. 7 ff.

gamentfördernder Infrastrukturen“⁸ und neuer „Verantwortungsrollen“⁹ empfohlen. Dies würde allerdings tiefgreifende Veränderungen innerhalb des politisch-administrativen Systems und an seinen Schnittstellen zur Gesellschaft im Sinne der Ausweitung bürgerschaftlicher Partizipationsräume voraussetzen.

4. Informationsgesellschaft als Hoffnungsträger

Die Erwartungen, die unterschiedliche Seiten mit dem Übergang Deutschlands in das Stadium der Informationsgesellschaft verbinden, sind hoch. Dies belegen schon die beiden am weitesten verbreiteten Lesarten dieses Begriffs, die sich insbesondere in der Antizipation des gesellschaftlichen Ertrags der Wandlungsprozesse unterscheiden.¹⁰ Nach der ersten, von einer humanistischen Erwartungshaltung geprägten Sicht, zeichnet sich der Übergang in das Stadium der Informationsgesellschaft vor allem dadurch aus, dass die Informationsexplosion in der Alltagswelt und die technisch induzierte Neuordnung von Kommunikationsbeziehungen prinzipiell allen Gesellschaftsmitgliedern in allen Bereichen des menschlichen Daseins neue Möglichkeiten der Lebensführung eröffnet, die Belangen der Selbstentfaltung, Emanzipation und Partizipation entgegenkommen. Nach einer zweiten Lesart, die ökonomiezentrierten ist, steht die Informationsgesellschaft dagegen für ein soziales Entwicklungsstadium, in der die Ressource Information zusammen mit der Informationstechnik als Mittel ihrer Bereitstellung gleichbedeutend – oder sogar mit einem Übergewicht – neben die überkommenen Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital tritt, so dass sich neue Chancen zur Steigerung bzw. Bewahrung des gesellschaftlichen Wohlstandes ergeben. In das Nationale gewendet transportiert dieser Idealtyp ein Verständnis, das die innerhalb einer Volkswirtschaft verfügbaren Bestände an Information und Informationstechnik als Trumpfkarten in einer globalen Standortkonkurrenz erscheinen lässt.

Weitere Hoffnungen beziehen sich auf die Entstehung neuer und hochwertiger Arbeitsplätze, auf die Herausbildung neuer Formen des Lernens und Lehrens sowie auf eine Verbesserung der medizinischen Versorgung. Gleichzeitig sollen die informationstechnischen Potentiale für die Umset-

⁸ So Klages, Helmut: Die Realität des Wertewandels, in: Ansgar Klein (Hrsg.): Grundwerte der Demokratie, Bonn 1995, S. 86.

⁹ So Klages Helmut: Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/2001, S. 13.

¹⁰ Dies und das Folgende nach Winkel, Olaf: Informationsgesellschaft, in: Eichhorn, Peter u.a. (Hrsg.): Verwaltungslexikon, Baden-Baden 2003, S. 500 ff.

zung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung genutzt werden, dabei insbesondere für eine Reduzierung von Umweltbelastungen, die mit den überkommenen Formen von Produktion und Verkehr einhergehen

Besonders hoch sind die Erwartungen, die mit dem Schlagwort Electronic Government verbunden werden. Nach dem vorherrschenden Verständnis steht dieser Begriff für die „Durchführung von Prozessen der öffentlichen Willensbildung, der Entscheidung und der Leistungserstellung in Politik, Staat und Verwaltung unter sehr intensiver Nutzung der Informationstechnik“. ¹¹ In diesem Sinne lassen sich Teleadministration, Telepartizipation und organisatorisches Reengineering als unterschiedliche Anwendungsformen von Electronic Government unterscheiden, die wiederum auf den Stufen der Information, der Kommunikation und der Transaktion realisiert werden können. ¹²

Auf der Ebene der Information beschränken sich die Anwendungen auf die digitale Bereitstellung relevanten Wissens ohne Rückkopplungsmöglichkeit, auf der Ebene der Kommunikation wird die Informationsbereitstellung mit einer Rückkopplungsmöglichkeit kombiniert, und auf der Ebene der Transaktion werden Prozesse durchgängig und rechtsverbindlich auf der Basis digitaler Netze abgewickelt. Dabei setzt sich zunehmend die Überzeugung durch, dass es nur dort Sinn macht, von E-Government zu sprechen, wo auch Online-Transaktionen angeboten werden.

Teleadministration steht für die elektronische Abwicklung von Prozessen an der Schnittstelle von Verwaltung und Verwaltungsklientel, an der Schnittstelle von Verwaltung und ihren Geschäftspartnern sowie in der gemeinsamen Aufgabenerfüllung, wie sie etwa in Public Private Partnership-Projekten praktiziert werden kann. Unter Telepartizipation ist die Mitwirkung von Bürgern an der politischen Willensbildung zu verstehen, welche idealtypisch in die Stufen der Aufnahme politischer Informationen, des politischen Diskurses zum Abgleich unterschiedlicher Problemwahrnehmungen und Interessen sowie der Vollendung des Willensbildungsprozesses durch die politische Entscheidung unterteilt werden kann. Als organisatorisches Reengineering bezeichnet man die Umgestaltung von Strukturen und Prozessen mit Hilfe der neuen Informationstechnologien.

¹¹ So Gesellschaft für Informatik und Informationstechnische Gesellschaft im Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (Hrsg.): Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung. Ein Memorandum des Fachausschusses Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik und des Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft im Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik, Bonn and Frankfurt 2000, S. 3.

¹² Dies und das Folgende nach Winkel, Olaf: Electronic Government – die Konturen zeichnen sich immer deutlicher ab, in: Verwaltung & Management 2/2004, S. 126 ff.

Wer die Aussagen zu den Perspektiven von Electronic Government in ihrer Gesamtheit betrachtet, muss allerdings den Eindruck gewinnen, dass diesem Paradigma inzwischen ein fast allumfassendes Spektrum von Zielen zugeordnet wird, die man in der Vergangenheit noch mit den unterschiedlichsten Modernisierungsansätzen weitgehend getrennt zu realisieren suchte.¹³ Um nur eine Auswahl der hohen Erwartungen anzusprechen, die heute mit der Einführung entsprechender Anwendungen verbunden werden: Politisch-administratives Handeln soll effektiver und effizienter werden. Die politische Steuerung soll gestärkt werden. Die Voraussetzungen für bürgernahes Verwalten sollen verbessert werden. Prozesse in Politik und Verwaltung sollen besser nachvollziehbar und durchschaubar gemacht werden. Die Rückkopplungsbeziehungen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten sollen ausgebaut werden. Die Bürger sollen stärker in die Entscheidungen von Politik und Verwaltung einbezogen werden. Die Tätigkeiten der Verwaltungsmitarbeiter sollen anspruchsvoller und Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst attraktiver werden.

5. Informationsgesellschaft als Schreckgespenst

Die Palette der Bedenken und Befürchtungen, die den geschilderten Hoffnungen gegenüberstehen, ist allerdings kaum weniger breit als die der Erwartungen. Auf ein Problemfeld, das in den vergangenen Jahren zunehmende Beachtung gefunden hat, verweist der Begriff der Digital Divide.¹⁴ Dieser transportiert das Schreckensbild einer neuen gesellschaftlichen Spaltung, die daraus resultiert, dass sich die Zugangschancen zur Netzkommunikation aus finanziellen, wissensmäßigen oder kulturellen Gründen unterschiedlich darstellen. In diesem Szenario stehen sich Anwender und Nicht-anwender als User und Loser gegenüber.

Auf ein anderes Gefahrenpotential verweisen Stimmen, die vor einer Verarmung und Deformation sozialer Beziehungen warnen, welche aus der Verlagerung zwischenmenschlicher Kontakte in die virtuelle Welt der Netze erwachsen könnten.¹⁵ Hier zählen auch User zu den Losern – allerdings nur solche, die den Übergang von den herkömmlichen Formen der Kom-

¹³ Dies und das Folgende nach Winkel, Olaf: Zukunftsperspektive Electronic Government, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/2004, S. 8 ff.

¹⁴ Näheres dazu etwa bei Buchstein, Hubertus: Bittere Bytes, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4/1996, S. 591 ff.

¹⁵ Näheres dazu etwa bei Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (Hrsg.): Die neuen Medien – innerstädtische Attraktivität kommunizieren, Berlin 2000, S. 13.

munikation und Kooperation zu den digitalen in sozialer oder psychischer Hinsicht nicht unbeschadet überstanden haben.

Zudem wird beklagt, dass die Fülle der mittels elektronischer Netzkommunikation bereitgestellten Informationen nicht nur geeignet sei, die Basis für fundiertes Entscheiden zu verbessern, sondern auch das Gegenteil bewirken und bei Teilnehmern tiefgreifende Orientierungsprobleme und Wertverluste auslösen könne.¹⁶ Dieser Aspekt korrespondiert mit den oben angesprochenen Ergebnissen der Wertewandelforschung, deren Vertreter vor den negativen Folgen einer unkontrollierten Veränderung der sozialpsychologischen Fundamente der deutschen Gesellschaft warnen. Und diese Probleme würden noch in dem Maße zunehmen, wie die Ausdifferenzierung von Kommunikationsbeziehungen zur Auflösung kollektiver gesellschaftlicher Aufmerksamkeitsräume und insbesondere der politischen Öffentlichkeit führe.¹⁷

Der Umstand, dass durch den Übergang zur Informationsgesellschaft der Schutz der Privatsphäre und das Recht der informationellen Selbstbestimmung zunehmend in Frage gestellt werden, ist ebenfalls Gegenstand von Kritik.¹⁸ Dabei wird nicht nur auf das exponentielle Anwachsen der Informationsbestände zu den unterschiedlichsten Aspekten des menschlichen Lebens verwiesen, das mit der Ausbreitung elektronischer Netzwerke einhergehe. Beklagt wird auch, dass die Möglichkeiten, auf sensible Informationen gegen den Willen der Berechtigten Zugriff zu nehmen, in dem Maße zunehmen, wie diese von ihren herkömmliche Trägern gelöst und in digitaler Form verarbeitet, übermittelt und gespeichert würden. In dieser Hinsicht könne auch die geplante Einführung einer elektronischen Patientenakte, welche zukünftig im Zentrum der digitalen Infrastruktur des deutschen Gesundheitswesens stehen soll, beachtliche Probleme aufwerfen.

Allerdings werden diejenigen, die vor der Herausbildung einer inhumanen Überwachungsgesellschaft warnen, umgehend mit den gänzlich anders garteten Sicherheitsbedenken von Staatsvertretern konfrontiert. Diese gehen davon aus, dass weniger die bürgerlichen Freiheitsrechte als die öffentliche Ordnung und die öffentlichen Einrichtungen in der Folge der Digitalisie-

¹⁶ Näheres dazu etwa bei Leggewie, Claus: Demokratie auf der Datenautobahn, in: Leggewie, Claus und Christa Maar (Hrsg.): Internet und Politik, Köln 1998, S. 15 ff.

¹⁷ Näheres dazu etwa bei Holtz-Bacha, Christina: Fragmentierung der Gesellschaft durch das Internet, in: Gellner, Winand und Fritz von Korff (Hrsg.): Demokratie und Internet, Baden-Baden 1998, S. 219 ff.

¹⁸ Näheres dazu etwa bei Denninger, Erhard: Freiheit durch Sicherheit?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2002, S. 22 ff oder Kutscha, Martin: Anti-Terror-Paket – Fortsetzungslieferung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2001, S. 1298 ff.

rung neuen Gefährdungen ausgesetzt sind.¹⁹ Nicht die Verbreitung rechtswidriger Inhalte, auch neuartige Kriminalitätsformen nähmen im Internet stetig zu. Gleichzeitig wachse die Abhängigkeit der Gesellschaft von der Zuverlässigkeit der informationstechnischen Systeme in dem Maße, wie zentrale soziale Funktionen auf jene übertragen würden. Bereiche wie das Finanzwesen, die Energieversorgung, das Rettungswesen und das Gesundheitswesen, aber auch die öffentliche Verwaltung, entwickelten sich auf diese Weise zu kritischen Infrastrukturen, die eines effektiven Schutzes bedürften. Um den Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitsdiensten die zur Bekämpfung dieser Erscheinungen heute erforderlichen Instrumente an die Hand zu geben, müsse man in Extremfällen auch bereit sein, Belange des Privatheitsschutzes und der informationellen Selbstbestimmung hintanzustellen.

Dass sich in der Bundesrepublik die Zweifel an den beschäftigungsfördernden Wirkungen informationstechnischer Innovationen mehren, ist angesichts der dauerhaft hohen Arbeitslosenzahlen kaum verwunderlich. Böse Worte wie die vom Produktivitätsfortschritt als Jobkiller oder von der Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit machen wieder die Runde. Dabei wird nicht nur auf die Substitutionspotentiale digitaltechnischer Systeme verwiesen, d.h. auf ihre Fähigkeit, menschliche Arbeitskraft zu ersetzen.²⁰ Beklagt wird auch, dass die elektronischen Netzwerke Unternehmen die Möglichkeit böten, die Erzeugung von informationshaltigen Produkten wie Softwareprogrammen und die Bereitstellung informationsbasierter Dienstleistungen, wie sie etwa in Call Centern erfolge, in Billiglohnländer zu verlagern.²¹

6. Strategien zur Bewältigung des Wandels

In der aktuellen Steuerungsdiskussion hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass der gesellschaftliche Wandel es in vielen Bereichen erforderlich macht, überkommene Formen von Government – d.h. einer primär nationalstaatlich basierten Regierungsleistung – durch Governance-Lösungen zu ersetzen. Governance kann dabei in einer ersten Annäherung charakterisiert werden als konzertierte Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme in kom-

¹⁹ Näheres dazu etwa bei Hutter, Reinhard: Angriffe auf Informationstechnik und Infrastrukturen – Realität oder Science Fiction?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41-42/2000, S. 31 ff und ders.: Cyberterror – Risiken im Informationszeitalter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2002, S. 31 ff.

²⁰ Näheres dazu etwa Fischermann, Thomas: Aufschwung paradox, in: Die Zeit Nr. 2 vom 31.12.2003, S. 22.

²¹ Näheres dazu etwa bei Fischermann, Thomas und Kolja Rudzio: Die Arbeit wandert aus, in: Die Zeit Nr. 16 vom 07.04.2004, S. 21 ff oder Uchatius, Wolfgang: Die Jobs wandern aus, der Wohlstand wächst, in: Die Zeit Nr. 11 vom 04.03.2004, S. 10.

plexen Regelsystemen.²² Danach gilt es in dem Maße, wie nationale Einrichtungen vor neuen Herausforderungen versagen, sowohl neue Formen der Problembearbeitung im Dreieck von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln, als auch Konstellationen herzustellen, die unterschiedliche Handlungsebenen – von der Ebene der Vereinten Nationen über die der Europäischen Union und die des Nationalstaats bis hin zur kommunalen Selbstverwaltung – in die Problembearbeitung einbeziehen.

Allerdings ist hier entgegen einer in der Tagespolitik gelegentlich zum Ausdruck kommenden Tendenz auch zu unterstreichen, dass die Nationalstaaten das Vordringen dieses neuen Leitbilds nicht zum Anlass nehmen dürfen, sich aus der Verantwortung zu stellen. So muss dort, wo Regulierungen sinnvoll und möglich erscheinen, weiterhin reguliert werden. Und schon die mit dem Governance-Gedanken untrennbar verbundene Metapher des aktivierenden Staates verweist darauf, dass man die Ausbildung neuer gesellschaftlicher Problembearbeitungskapazitäten nicht als Selbstläufer betrachten darf. Vielmehr müssen bürgerschaftliches Engagement²³ – also die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben und an den Entscheidungen, die der Aufgabenerfüllung vorausgehen – und „Corporate Citizenship“²⁴ – also die Wahrnehmung bürgerschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen und ihre Mitarbeiter – stimuliert, entwickelt und unterstützt werden. Die in den folgenden Kapiteln angestellten Überlegungen zu Strategien, welche vielleicht helfen könnten, die Chancen des Wandels zu nutzen und seine Risiken zu entschärfen, rekurrieren auf ein in dieser Weise angelegtes Verständnis von Governance.

²² Näheres zur Geschichte und den unterschiedlichen Aspekten dieses Begriffs insb. bei Benz, Arthur: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?, in: Benz, Arthur: (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden 2004, S. 12 ff. Siehe aber auch Messner, Dirk und Franz Nuscheler: Das Konzept Global Governance, Duisburg 2003 oder Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaats, Frankfurt a.M. 1998.

²³ Näheres dazu etwa bei Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement – auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Berlin 2002.

²⁴ Näheres dazu insb. bei Westebbe, Achim und David Logan: Corporate Citizenship, Wiesbaden 1995. Siehe aber auch Janning, Heinz und Thomas Naujokat: Corporate Volunteering, in: Pröhl, Marga u.a. (Hrsg.): Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland – Anforderungen und Qualitätsbausteine. Band 3, Gütersloh 2002, S. 17 ff.

6.1. Netzzugang schaffen

Um der Gefahr einer digitalen Spaltung der deutschen Gesellschaft entgegenzuwirken, kommen Maßnahmen zur Förderung von Netzzugang und Anwendungskompetenz in allen Teilen der Bevölkerung in Betracht.²⁵ Aktionen wie Schulen ans Netz und Programme, durch die etwa Frauen oder Mädchen mit dem Internet vertraut gemacht werden sollen, sind Ausdruck der in der Bundesrepublik verbreiteten Überzeugung, dass nationale Anstrengungen auf diesem Feld durchaus Erfolge zeitigen können.

Allerdings zeichnet sich inzwischen auch immer deutlicher ab, dass man eine digitale Spaltung selbst in entwickelten Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland zwar durch konzertierte Aktionen von Staat, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in ihren Ausmaßen begrenzen, nicht aber durchgängig verhindern kann. Dazu scheinen die Probleme in den Bereichen technisches Wissen, Englischkenntnisse, finanzielle Mittel und technische Zugangsvoraussetzungen, die sich nicht nur bei Randgruppen wie Behinderten und Ausländern, sondern auch in breiten Schichten der Bevölkerung stellen, wohl doch zu groß zu sein.²⁶ Und selbst dort, wo die materiellen, technischen und intellektuellen Partizipationsvoraussetzungen gegeben sind, kann die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in digital abgewickelte Prozesse an kulturellen Hemmnissen scheitern, wie sie etwa unter älteren Menschen häufig anzutreffen sind .

Daher darf man sich in der Bundesrepublik zukünftig nicht damit begnügen, einer digitalen Spaltung so weit wie möglich entgegenzuarbeiten. Man muss zudem dafür Sorge tragen, dass die negativen Auswirkungen eines asymmetrischen Zugangs dort, wo er nicht verhindert werden konnte, in vertretbaren Grenzen bleiben und insbesondere nicht mit Verfassungsgrundsätzen wie dem Sozialstaatsprinzip und dem Rechtsstaatsprinzip kollidieren. Praktisch bedeutet dies auch, dass informationstechnische Systeme in vielen Bereichen nicht substitutiv, sondern lediglich alternativ – d.h. unter Beibehaltung überkommener Formen der Kommunikation und Kooperation – realisiert werden können. Dass dies dazu führen wird, dass die durch die informationstechnischen Innovationen angezielten Effizienzgewinne hinter den Erwartungen zurückbleiben, liegt auf der Hand.

²⁵ Näheres dazu etwa bei Kubicek, Herbert: Was versteht man unter allgemeinem Zugang und worauf kommt es an?, in: Kubicek, Herbert u.a. (Hrsg.): Multimedia und Verwaltung, Heidelberg 1999, S. 332 ff.

²⁶ Dies und das Folgende nach Buchstein, Hubertus: Bittere Bytes, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4/1996, S. 591.

6.2. Kommunikationsräume gezielt vernetzen

Den Gefahren von Orientierungsverlusten und von negativen Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Wertehaushalt, welche aus einer Überflutung der Bürger mit ungefilterten Informationen erwachsen können, kann man nach Meinung unterschiedlicher Autoren durch die Etablierung geeigneter Selektionsmechanismen in den Netzwerken entgegenwirken.²⁷ Zu diesem Zweck kämen etwa die Schaffung von Metamedien nach dem Vorbild von Programmzeitschriften oder die Einrichtung virtueller Diskussionsforen in Betracht, die von verantwortlichen Herausgebern und Moderatoren betreut werden. Einige halten Einrichtungen und Arrangements dieser Art darüber hinaus für geeignete Mittel, der elektronischen Verbreitung unerwünschter und rechtswidriger Inhalte entgegenzuwirken, weil sich auf diesem Wege immerhin Vorkehrungen gegen einen zufälligen Zugriff auf entsprechende Seiten treffen ließen. Auf jeden Fall weisen Konzepte, die auf die Etablierung von Selektionsinstanzen in den Netzwerken setzen, aber auch einen gravierenden Nachteil auf. Dieser besteht darin, dass sie die Ausdifferenzierung der Kommunikationsbeziehungen vorantreiben und damit einem weiteren Zerfall kollektiver Wahrnehmungsräume Vorschub leisten.

Aussichtsreicher erscheint daher ein anderer Weg, um Orientierungs- und Wertverluste, die angesichts der Ausbreitung von elektronischer Netzkommunikation drohen, so weit wie möglich einzudämmen. Danach gilt es, die Tatsache produktiv zu machen, dass die virtuelle Welt der Netze keinen isolierten Raum darstellt, sondern einen, der zu den überkommenen Kommunikationsräumen hinzutritt und von ihnen eingebettet wird. Aus dieser Perspektive bietet es sich an, die unterschiedlichen Kommunikations- und Kooperationsformen, welche die Informationsgesellschaft alternativ zur Verfügung stellt, gezielt so zu kombinieren, dass jeweils die spezifischen Vorteile genutzt und die spezifischen Nachteile minimiert werden. Auf diese Weise lassen sich vielleicht nicht nur die Probleme überwinden, welche die virtuelle Welt der Netze aufwirft, sondern auch die Probleme überkommener Formen sozialer Interaktion.

So könnte man dort, wo gemeinsame Wahrnehmungen, Orientierungen und die Vermittlung konstruktiver Werthaltungen erforderlich sind, weiterhin primär auf die überkommenen Massenmedien und insbesondere auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk setzen und die interaktiven Anwendungen um diese herum gruppieren. So könnte man in Bereichen, in denen es auf

²⁷ Näheres dazu etwa bei Gröndahl, Boris: Abschied von der Subkultur?, in: Die Zeit Nr. 2 vom 15.01.1998, S. 10.

eine zuverlässige Darstellung komplexer Sachverhalte für breite Adressatenkreise ankommt, im Kern weiter auf schriftliche Kommunikation durch Printmedien setzen, dabei aber die Recherche-, Interaktions- und Präsentationsmöglichkeiten mit den Mitteln der neuen Technologie erweitern. Und so könnte man dort, wo es auf räumliche Nähe und den zwischenmenschlichen Austausch in seiner ganzen Breite ankommt, im Wesentlichen auf den persönlichen Kontakt setzen und die neuen technischen Instrumente zur Unterstützung herkömmlicher Interaktionsbeziehungen und insbesondere zur Anbahnung von Anschlusskommunikation nutzen. Vielleicht wäre eine solche Strategie sogar nicht nur geeignet, Orientierungs- und Wertverlusten, sondern auch sozialen Deformationen entgegenzuwirken, die in der Folge der Umwandlung herkömmlicher Kommunikationsbeziehungen in digitale drohen.

6.3 In der Kriminalitätsbekämpfung neue Wege gehen

Wo eine Überschreitung der Grenzen des rechtlich Zulässigen droht, bilden Kontrolle und Sanktion abweichenden Verhaltens bekanntlich die angemessene Reaktion des politisch-administrativen Systems. In der Vergangenheit war dies in erster Linie die Aufgabe von exekutiven Einrichtungen mit einem national begrenzten Aktionsradius, denen häufig noch zusätzliche Probleme daraus erwuchsen, dass ihre technische Ausstattung dem allgemeinen Entwicklungsstand hinterherhinkte. In einer Informationsgesellschaft mit den in den vorausgegangenen Kapiteln geschilderten Eigenschaften lassen sich unter solchen Bedingungen natürlich kaum noch durchgreifende Erfolge erzielen.

Um die digitale Verbreitung rechtswidriger Inhalte zu verhindern – beispielsweise von rechtsradikaler oder fundamentalistischer Propaganda – und Internetkriminalität einzudämmen – man denke hier etwa an Betrugsdelikte bei Dialern, im Internethandel oder im Online-Zahlungsverkehr – sind vielmehr Konzepte und Vorgehensweisen erforderlich, die einerseits auf eine umfassend angelegte grenzüberschreitende Zusammenarbeit setzen, und andererseits selbst intensiv von den neuen informationstechnischen Potentialen Gebrauch machen.

Allerdings sollte hier auch gesehen werden, dass den Strafverfolgungsmöglichkeiten im Internet selbst unter deutlich verbesserten organisatorischen und technischen Bedingungen wegen der globalen Ausdehnung der Netzkommunikation und angesichts technischer Abwehrmechanismen, wie sie insbesondere die elektronische Kryptographie bietet, recht enge Grenzen

gesetzt sind. Daher erscheint es sinnvoll, die virtuelle Welt der Netze auch in Fragen der Kriminalitätsbekämpfung nicht isoliert zu betrachten, sondern als einen Handlungsraum zu sehen, der sich neben den überkommenen herausgebildet hat und von ihnen eingebettet wird. Dass Aktionen in der sogenannten realen Welt im Kampf gegen Internetkriminalität oft bessere Dienste leisten können als Aktionen, die sich in der virtuellen Welt der Netze vollziehen, lehrt die Erfahrung. So hat sich herausgestellt, dass in unterschiedlichen Ländern simultan durchgeführte Wohnungsdurchsuchungen ein probateres Mittel zur Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet darstellen als „Internetstreifen“²⁸ oder „Cybercops“²⁹, welche sich inzwischen als eher „stumpfe Waffen“³⁰ erwiesen haben.

Aber selbst die intelligenteste Abstimmung von netzinternen und netzexternen Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen kann die Informationsgesellschaft nicht davor bewahren, mit den Schattenseiten freier Informationsflüsse leben zu müssen. Wie heute werden auch zukünftig Inhalte auf digitalem Wege Eingang in öffentlich zugängliche Kommunikationsräume finden, die so abscheulich sind, dass sie für die meisten Menschen noch vor zehn Jahren unvorstellbar gewesen wären. Die letzte Auffangstrategie, die hier bleibt, ist die Schaffung von Medienkompetenz, wobei damit bereits im Kindesalter angefangen werden müsste. Aber natürlich kann dieser Ansatz nur dort funktionieren, wo die Sozialisationsinstanzen – allen voran das Elternhaus, aber etwa auch Kindergärten und Schulen – in dieser Hinsicht funktionsfähig sind, und keinesfalls dort, wo kommerziell ausgerichtete Massenmedien und fragwürdige Internetsites selbst vorrangige Wertvermittlungsinstanzen bilden. Ohne Frage liegt hier eine besonders umfassende Herausforderung, der man sich in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Digitalisierung und der damit verbundenen Informatisierung von immer mehr Lebensbereichen stellen muss. Denn sie weist neben sicherheitspolitischen, technologiepolitischen und medienpolitischen auch kulturpolitische und familiepolitische Facetten auf.

²⁸ So Prondzinski, Peter von: Internet, eine Herausforderung für alle, in: Deutsches Polizeiblatt 4/2001, S. 2.

²⁹ So Gödde, Ralf: Ermittlungen im Internet, in: Deutsches Polizeiblatt 4/2001, S. 14.

³⁰ So Nagel, Hannes: Mit stumpfen Waffen, in: Internet World 3/2001, S. 46.

6.4 Risiken der Netzkommunikation rational bewältigen

Die Einschätzung, dass der Schutz der Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung mit der fortschreitenden Digitalisierung sozialer Beziehungen in Frage gestellt würden und zur nachhaltigen Durchsetzung neuer Instrumente bedürften, ist ohne Zweifel zutreffend. Nicht weniger zutreffend ist aber auch die Behauptung, dass man nicht nur zur Bekämpfung von Internetkriminalität, sondern auch zur Sicherung kritischer Infrastrukturen entschlossen tätig werden müsse. Jeder Versuch, beiden Belangen gleichermaßen nachzukommen, stellt aber ein schwieriges Unterfangen dar. Denn viele Maßnahmen, die den Interessen der einen Seite entgegenkommen, laufen den Interessen der anderen Seite zuwider. So können die Schutzräume, welche das Fernmeldegeheimnis und der Datenschutz bieten, von Hackern als Aufmarschgebiet für Angriffe auf kritische Infrastrukturen genutzt werden. Und so stellt die Überwachung der Kommunikationskanäle von Verdächtigen durch Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitsdienste nicht nur ein machtvolles Ermittlungsinstrument dar. Sie ist ebenso geeignet, den Privatheitsschutz und die informationelle Selbstbestimmung Unschuldiger empfindlich zu beeinträchtigen.

In diesem Konflikt zwischen Anforderungen, die jeweils für sich durchaus berechtigt zu sein scheinen, aber trotzdem nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können, offenbart sich ein weiteres Merkmal der Informationsgesellschaft, das in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion bis heute aber leider keine angemessene Beachtung gefunden hat: Die Informationsgesellschaft stellt nicht zuletzt auch eine Risikogesellschaft neuen Typs dar, d.h. eine Gesellschaft, in der nicht nur Konflikte um die Verteilung der materiellen und immateriellen Vorteile des informationstechnischen Wandels unvermeidlich sind, sondern auch Kontroversen um die Verteilung der damit verbundenen Belastungen und Bedrohungen. Weitere Bereiche, in denen dieser Umstand schon heute deutlich zu Tage tritt, finden sich bei den kommerziellen Anwendungen. Wer soll den Schaden tragen, wenn im Internethandel ein Produkt nicht geliefert oder eine Zahlung nicht geleistet wird – der Verkäufer, der Käufer, der Betreiber des Handelsportals oder gar die bezogene Bank? – Diese und ähnliche Fragen werden uns zukünftig wohl noch weitaus intensiver als heute beschäftigen.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Notwendigkeit, Bedingungen zu schaffen, die einen rationalen und sozialverträglichen Austrag der Konflikte ermöglichen, welche mit der Transformation Deutschlands in eine Informa-

tionsgesellschaft einhergehen.³¹ Gefordert ist insbesondere die rationale Gestaltung von Sicherheitsprozessen durch ein effektives Sicherheitsmanagement, das in einer tragfähigen Sicherheitskultur wurzelt.

Sicherheitsprozess steht dabei für auf Dauer angelegte Formen und Verfahren, in denen in einer sozialen Einheit Risiken und Gefahren bewältigt werden, und Sicherheitsmanagement für die Art und Weise, in der Sicherheitsprozesse in einer sozialen Einheit institutionell und funktionell organisiert werden. Letzteres sollte von der Förderung der Problemwahrnehmung über die Gestaltung der internen und externen Problemkommunikation bis hin zur Organisation der Problembearbeitung und einer möglichst allseitig akzeptablen Zuteilung unvermeidbarer Restrisiken reichen. Sicherheitskultur steht für das im kollektiven Selbstverständnis einer sozialen Einheit verankerte System von Wertvorstellungen, Denkweisen und Handlungsmustern, durch das dessen Mitglieder im Umgang mit Sicherheitsbedrohungen angeleitet werden, und das daher gleichermaßen als Basis und Resultat des Sicherheitsmanagements anzusehen ist. Die Einführung von Sicherheitsmanagement und die Herausbildung einer Sicherheitskultur ist dabei in den unterschiedlichsten Bereichen und auf den unterschiedlichsten Ebenen erforderlich; etwa innerhalb einer Behörde oder eines Wirtschaftsunternehmens, aber ebenso im nationalen Rahmen und grenzüberschreitend in internationalen, europäischen und globalen Kontexten.

Ein großer Schritt, um die überkommenen Konfliktaustragsstrukturen und -kulturen an die neuen Herausforderungen anzupassen, könnte hierzulande vielleicht durch die Etablierung von Datensicherheitsbeauftragten getan werden. Was deren Einbindung in das System der Bundesrepublik betrifft, wäre der mehrdimensional verankerte Datenschutz durchaus geeignet, als Vorbild zu dienen. Was die funktionale Seite betrifft, müsste ein Datensicherheitsbeauftragter aber eine völlig andere Rolle ausfüllen als ein Datenschutzbeauftragter. Während letzterer die Aufgabe hat, das Recht der informationellen Selbstbestimmung und daneben das Fernmeldegeheimnis unter den veränderten technischen Vorzeichen der Informationsgesellschaft zu verteidigen und damit als Konfliktpartei zu agieren, müsste sich ein Datensicherheitsbeauftragter interessenneutral verhalten. Seine Aufgabe bestünde vor allem darin, die Entwicklung mehrseitig akzeptable Sicherheitslösungen durch die Bildung geeigneter Netzwerken zu fördern und dabei dafür Sorge zu tragen, dass unterschiedliche Sicherheitsbilder und Sicherheitsinteressen abgeglichen und Sicherheitskonflikte in möglichst symmet-

³¹ Dies und das folgende nach Winkel, Olaf: Sicherheit in der digitalen Informationsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41-42/2000, S. 25 ff.

rischen Konstellationen verhandelt werden können. Ein solches Verständnis von einem Datensicherheitsbeauftragten weicht auch von dem ab, das in der Wirtschaft vorherrscht. Die dort anzutreffenden Datensicherheitsbeauftragten haben vor allem die Aufgabe, die Informationsbestände und Kommunikationsbeziehungen ihrer Unternehmen gegenüber Angriffen von innen und außen zu schützen.

6.5 Arbeit neu denken

Die Hoffnung, dass sich die Lücken im Arbeitsplatzangebot, welche durch die informationstechnisch basierte Rationalisierung und Auslagerung von Arbeitsprozessen im industriellen Bereich und in Teilen des Dienstleistungssektors entstanden sind, durch die Entstehung neuer Arbeitsplätze in der sogenannten New Economy quasi automatisch wieder schließen würden, hat sich nicht erfüllt.³² Daher erscheint Abhilfe durch politische Interventionen insbesondere aus der Sicht der Erwerbslosen dringend erforderlich.

Dass die von der Bundesregierung bisher auf den Weg gebrachten Reformen geeignet sein könnten, die in Deutschland grassierende Arbeitslosigkeit und die daraus resultierenden sozialen Probleme und Verwerfungen erfolgreich zu bekämpfen, ist aber wenig wahrscheinlich. Und auch die Konzepte der Oppositionsparteien, soweit solche überhaupt zu erkennen sind, geben bislang wenig Anlass zur Hoffnung. Die grundlegende Malaise fast aller bisher formulierten Lösungsvorschläge liegt darin, dass sie weitgehend auf überkommenen Prämissen basieren, die den grundlegenden Veränderungen, welche Wirtschaft und Gesellschaft in den beiden vergangenen Jahrzehnten durchlaufen haben, nicht ausreichend Rechnung tragen. Zu wenig Berücksichtigung erfahren insbesondere die oben angesprochenen Wechselwirkungen zwischen der Digitalisierung und Informatisierung auf der einen und der Internationalisierung und Globalisierung ökonomischer Beziehungen auf der anderen Seite, welche die überkommenen Instrumente der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zunehmend unwirksam werden lassen und es immer schwieriger machen, Produktivitätsfortschritt in Beschäftigung und gesellschaftlichen Wohlstand zu transformieren.

So muss eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die hierzulande an Befürwortern gewonnen hat, dort ins Leere laufen, wo die Unternehmen darauf mit Investitionen reagieren, die auf den Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Technik abzielen, oder in einer Weise, die dazu führt, dass das

³² Näheres dazu bei Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002, Bonn 2002, S. 85 ff.

Engagement ausländischen Standorten zugute kommt. Gleichzeitig kann aber auch eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, welche auf eine Stärkung des Konsums in breiten Bevölkerungsschichten setzt, schon schlicht dadurch ausgehebelt werden, dass vermehrt Produkte und Dienstleistungen nachgefragt werden, welche wiederum entweder primär mittels Technik oder an ausländischen Standorten bereitgestellt werden.

Sicherlich ist es in der Bundesrepublik heute wichtiger denn je, Forschung und Entwicklung zu fördern, die Infrastrukturen insbesondere in den Bereichen von Verkehr und Telekommunikation weiter auszubauen und das Bildungssystem zu reformieren, um die Chancen im internationalen Standortwettbewerb zu wahren. Dass die interaktiv und multimedial ausgerichteten neuen Medien wichtige Beiträge leisten können, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen, steht ebenfalls außer Frage. Aber dennoch eröffnen diese inzwischen von allen Seiten zum Credo erhobenen Empfehlungen den breiten Schichten der Bevölkerung noch keine neuen Horizonte. Denn es handelt sich hier natürlich nicht um exklusive Ideen der deutschen Wirtschaftspolitik, sondern um Konzepte, die an den unterschiedlichsten Standorten rund um den Erdball verfolgt werden. Und zweifellos können die aus der Digitalisierung und Globalisierung wirtschaftlicher Prozesse resultierenden Probleme auch in diesem Zusammenhang nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Daher wäre es an der Zeit, entweder endlich neue Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu entwickeln, die mehr Erfolg versprechen, oder – wenn sich dies als unmöglich erweisen sollte – Formen zu finden, die es der Gesellschaft erlauben, mit einem dauerhaft hohen Anteil an Erwerbslosen zu leben. Um die letztgenannte Option zu realisieren, müsste es allerdings gelingen, die sozialen Sicherungssysteme vom Faktor Beschäftigung weitgehend abzukoppeln und reguläre Erwerbsarbeit und freiwilliges Engagement besser als bisher zu verzahnen. Wenn sich auch dieser Weg als Sackgasse erweisen sollte, bliebe noch die Möglichkeit, die gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik nach dem Muster der Vereinigten Staaten zu gestalten, wo zwar viele Jobs zu haben sind, aber immer weniger Arbeitsverhältnisse, die Absicherung im Krankheitsfall und Unterstützung im Alter garantieren. Weil sich mit den Antworten, die auf die Frage nach einem adäquaten Umgang mit den Problemen von Arbeit und Arbeitslosigkeit gegeben werden, auch grundlegende gesellschaftspolitische Fragen entscheiden, wäre es nur zu gerechtfertigt, die zu diesem Thema geführte Diskussion auf eine möglichst breite Basis zu stellen.

6.6 Leitbild der Nachhaltigkeit im Blick behalten

Zudem sollte nicht vergessen werden, dass sich die zentralen Herausforderungen, die sich heute stellen, nicht in der Förderung wirtschaftlichen Wachstums und der Suche nach Wegen zur Aufrechterhaltung einer solidarischen Gesellschaft erschöpfen. Hinzu kommt die ökologische Herausforderung, welche eine Umorientierung aller Lebensbereiche in Richtung auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung nahe legt.³³

Entgegen einer weit verbreiteten verkürzten Interpretation erschöpft sich das zentrale normative Element dieses Ansatzes nicht in dem Bestreben, die natürlichen Ressourcen vor einem weiteren Raubbau zu bewahren und einer weiteren Belastung der Umwelt durch Schadstoffe entgegenzuwirken. Es besteht vielmehr in dem Bekenntnis zum gleichen Recht auf eine lebenswerte Umwelt und einen ausreichenden Lebensstandard für alle heute und in Zukunft lebenden Menschen. Damit ist es auf einer tieferen Ebene angesiedelt, auf der Fragen der Umweltpolitik insbesondere mit Aspekten der Wirtschaftspolitik und der Entwicklungspolitik verzahnt werden.

Als Gestaltungsbereiche zur Umsetzung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung lassen sich die ökologische Modernisierung und der ökologische Strukturwandel unterscheiden. Die ökologische Modernisierung zielt darauf ab, Produktionsprozesse und Produkte im Sinne einer „Effizienzrevolution“ durch technische Innovationen umweltschonend zu gestalten.³⁴ Auf der Ebene des ökologischen Strukturwandels geht es dagegen um kulturelle Innovationen im Sinne einer „Suffizienzrevolution“, nämlich um die Veränderung von Lebensstilen, welche insbesondere in den entwickelten Ländern nach dem Prinzip „gut leben statt viel haben“ erfolgen sollen.

In der Bundesrepublik blieben die Erfordernisse eines ökologischen Strukturwandels schon in Zeiten, in denen umweltpolitische und entwicklungspolitische Themen in der öffentlichen Wahrnehmung noch breiteren Raum eingenommen haben als heute, weitgehend unberücksichtigt. Wenn Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ergriffen wurden, konzentrierten sich diese wie auch in anderen Industrieländern regelmäßig auf den Bereich der ökologischen Modernisierung.³⁵ Mit zunehmenden ö-

³³ Näheres zu diesem Konzept etwa bei Weber, Birgit: Nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsordnung, Opladen 1998, insb. S. 77 ff oder Winkel, Olaf: Nachhaltige Entwicklung als Leitbild internationaler Politik, in: Gegenwartskunde 4/1997, S. 377 ff.

³⁴ Dies und das Folgende nach Bund und Misereor (Hrsg.): Kurzfassung der Studie Zukunftsfähiges Deutschland, Bonn 1995, S. 15.

³⁵ Näheres zu dieser Praxis bei Winkel, Olaf: Nachhaltige Entwicklung als Leitbild internationaler Politik, in: Gegenwartskunde 4/1997, S. 389.

konomischen Problemen und mit der Umorientierung der Grünen, die sich in den letzten zwanzig Jahren von einer Bürgerbewegung über eine alternativ ausgerichtete Oppositionspartei zu einer etablierten Regierungspartei gewandelt haben, die ihre Themen und Aktivitätsschwerpunkte in erster Linie unter Aspekten parteipolitischer Opportunität auswählt, verlor schließlich die ökologische Modernisierung ebenfalls in vielen Bereichen an Dynamik.

Unter solchen Bedingungen konnten auch die Möglichkeiten, welche die neuen Informationstechnologien als Hilfsmittel zur Umsetzung ökologischer Ziele eröffnen, nicht in vollem Umfang ausgeschöpft werden. Im Gegenteil: Selbst die von Ökologen einst hochgelobten Anwendungen der Verkehrstelematik und der digitalen Logistik, die auf eine Reduzierung und Rationalisierung des Straßenverkehrs abzielen, und die mit großen umweltpolitischen Vorschusslorbeeren bedachten Anwendungen der Telearbeit und des Telearnens, welche faktische Mobilität durch virtuelle ersetzen sollen, haben die Erwartungen nicht erfüllt.

Angesichts der einseitig ökonomiezentrierten Wahrnehmung, die inzwischen in allen etablierten Parteien dominiert, führt wohl kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass neue Impulse zur Umsetzung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung entweder aus dem gesellschaftlichen Raum kommen oder überhaupt nicht erfolgen werden. Daher besteht hier die wohl noch aussichtsreichste Strategie darin, die kommunalen Aktivitäten, welche insbesondere als „Lokale Agenda 21-Prozesse“ bekannt geworden sind³⁶, und die Projekte der grenzüberschreitend agierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche sich aus einer humanitären Perspektive mit wirtschaftspolitischen, umweltpolitischen und entwicklungspolitischen Fragen befassen³⁷, zu unterstützen und besser zu vernetzen. Ohne Zweifel können die Instrumente der interaktiven Informationstechnologien dabei gute Dienste leisten.

6.7 Chancen von Electronic Government nutzen

Dass Politik und Verwaltung mit dem Übergang zur Informationsgesellschaft auch vor der Aufgabe stehen, die Potentiale der neuen Informationstechnologien für die Verbesserung des eigenen Handelns produktiv zu ma-

³⁶ Näheres dazu etwa bei Ruschkowski, Eick von: Lokale Agenda 21 in Deutschland – eine Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-32/2002, S. 17 ff.

³⁷ Näheres dazu etwa bei Lahusen, Christian: Die Organisation kollektiven Handelns – Formen und Möglichkeiten internationaler Kampagnen, in: Altvater, Elmar u.a. (Hrsg.): Vernetzt und Verstrickt – Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster 2000, S. 176 ff.

chen, ist offensichtlich. Die Chancen von Electronic Government sind dabei auf unterschiedlichen Ebenen zu verorten: Erstens können entsprechende Anwendungen als Kommunikations- und Kooperationsmittel dienen, was insbesondere in den Bereichen der Teleadministration und der Telepartizipation vorgesehen ist. Zweitens lassen sie sich zu Steuerungszwecken produktiv machen, d.h. sie können Beiträge zur Entschärfung der oben angesprochenen politischen Steuerungskrise leisten, welche insbesondere aus der Globalisierung und Ausdifferenzierung sozialer Beziehungen resultiert. Und drittens beinhalten die neuen Informationstechnologien auch ein enormes Potential als Organisationsmittel: Nicht nur die Strukturen und Abläufe in Politik und Verwaltung, auch die Schnittstellen zwischen politisch-administrativem System und Gesellschaft lassen sich mit ihrer Hilfe neu ordnen.

Der Ebene des organisatorischen Reengineering kommt dabei prominenter Stellenwert zu. Dies ist keineswegs nur dem Gedanken geschuldet, dass Effizienzgewinne, die durch eine rationale Neuordnung von Arbeitsprozessen und die Überwindung von Medienbrüchen erzielt werden können, in dem Maße an Attraktivität gewinnen, wie die öffentlichen Haushalte weiter in die roten Zahlen geraten. Der zentrale Grund dafür liegt vielmehr darin, dass eine konsequente Nutzung der Möglichkeiten, welche die neuen Informationstechnologien als "Enabler für neuartige organisatorische Konzepte"³⁸ bieten, eine unverzichtbare Voraussetzung für die Entfaltung der Potentiale darstellt, die ihnen als Kommunikations-, Kooperations- und Steuerungsmittel innewohnen.

Dass sich Anwendungen der Teleadministration und der Telepartizipation insbesondere in der Variante der Online-Transaktion ohne umfassende aufbau- und ablauforganisatorische Innovationen nicht realisieren lassen, liegt auf der Hand. Denn natürlich macht es keinen Sinn, ein modernes Portal ins Netz zu stellen, wenn dahinter eine Organisation steht, die eine solche Schnittstelle gar nicht bedienen kann. Dass sich die Möglichkeiten, welche die neuen Informationstechnologien als Steuerungsmittel bieten, ohne die Neuordnung von Strukturen und Prozessen kaum produktiv machen lassen, resultiert schon aus dem Umstand, dass die herkömmlichen Formen der gesellschaftlichen Problembearbeitung einer Erneuerung im Sinne des Governance-Gedankens bedürfen. Eine Modernisierungsstrategie, die sich damit begnügen wollte, herkömmliche Formen des politisch-administrativen Han-

³⁸ So Lenk, Klaus: Electronic Government – die nächsten Schritte, in: Lüttich, Hans-Jürgen und Claus Rautenstrauch (Hrsg.): Verwaltungsinformatik 2000, Halle a.d.S. 2000, S. 170.

delns digitaltechnisch abzubilden und damit quasi Überkommenes zu elektronifizieren, wäre daher schon von Beginn an zum Scheitern verurteilt.

Allerdings setzt ein erfolgreiches Reengineering im politisch-administrativen System und an seinen Schnittstellen zur Gesellschaft voraus, dass klare Vorstellungen darüber existieren, in welche Richtung die Weiterentwicklungen erfolgen sollen. Damit stellt sich hier eine Fülle grundlegender Fragen. Diese betreffen unter anderem die Neuordnung des bundesdeutschen Föderalismus, die Fortentwicklung demokratischer Entscheidungsverfahren im Spannungsverhältnis von Repräsentationsprinzip und dem Wunsch von Bürgern nach mehr direktem Einfluss sowie die Reform der kommunalen Selbstverwaltung, welche sich derzeit im Dreieck von Privatisierung, Neuem Steuerungsmodell und dem Leitbild der Bürgerkommune bewegt. Auf diese Weise erscheint die Verbreitung von Electronic Government als Projekt, das zwar einen immensen technischen Aufwand erfordert, aber trotzdem keinen primär technischen, sondern einen genuin politischen Charakter aufweist.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme in immer mehr Bereichen nicht mehr exklusiv durch politisch-administratives Handeln geschehen kann, sondern bereichsübergreifende Akteurskonstellationen und grenzüberschreitend angelegte Arrangements erforderlich macht, liegt es nahe, hier nicht nur von Electronic Government, sondern auch von Electronic Governance zu sprechen. Dieser Begriff kann in einer ersten Annäherung verstanden werden als eine Strategie, welche die informationstechnischen Potentiale produktiv machen will, um „im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft“ die unterschiedlichsten „Lebensbereiche zu gestalten“.³⁹

Allerdings dürfen die Ansätze von Electronic Government und Electronic Governance auf keinen Fall als Allheilmittel für die vielfältigen Probleme der Informationsgesellschaft fehlinterpretiert werden. Denn die neu entstanden Gestaltungsräume sind zwar groß, aber keineswegs unbegrenzt.⁴⁰ Auch sollte man sich davor hüten, hier zu viel in zu kurzer Zeit zu erwarten, denn selbst die beste Konzeption kann sich selbst ad absurdum führen, wenn sie mit zu großen Hoffnungen und unrealistischen Zeithorizonten belastet wird.

³⁹ So Reiner mann, Heinrich und Jörn von Lucke: Speyerer Definition von Electronic Governance, in: Reiner mann, Heinrich und Jörn von Lucke (Hrsg.): Electronic Government in Deutschland, Speyer 2002, S. 9.

⁴⁰ Näheres dazu bei Winkel, Olaf: Zukunftsperspektive Electronic Government, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/2004, S. 10 ff.

Insbesondere darf man sich im Vorfeld entsprechender Projekte keine Illusionen darüber machen, dass sich Investitionen in Electronic Government bzw. Electronic Governance in den meisten Fällen kurz- und mittelfristig nicht amortisieren können, sondern in erster Linie strategische Investitionen in die Zukunft darstellen. Dies resultiert schon daraus, dass entsprechende Anwendungen überkommene Verfahren angesichts der Probleme, die oben unter dem Stichwort Digital Divide angesprochen worden sind, regelmäßig nicht ersetzen, sondern lediglich ergänzen können. So muss etwa der herkömmliche Publikumsverkehr in einer Kommunalverwaltung nicht nur während, sondern auch nach der Einführung von Teleadministrationsanwendungen aufrechterhalten werden. Weiterer Aufwand entstünde, wenn man dafür Sorge tragen wollte, dass nicht allein die an das Internet angeschlossenen Bürger von den Vorteilen den technischen Innovationen profitieren können, sondern auch andere. Denn in diesem Falle würden zusätzliche infrastrukturelle Vorkehrungen erforderlich, etwa in der Form eines „Multikanalvertriebs von Verwaltungsleistungen“, der sich „auf die vier Hauptkanäle Internet, Call-Center, mobiler Zugang und Bürgerläden in der Nachbarschaft“ abstützen kann.⁴¹

Auf der anderen Seite steht aber auch außer Zweifel, dass die Ansätze von Electronic Government und Electronic Governance wichtige Ansatzpunkte für die Bewältigung zentraler Zukunftsherausforderungen markieren. Wo sich Wege in eine Informationsgesellschaft abzeichnen, die nicht nur ökonomischen, sondern auch sozialen und ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt, sind sie regelmäßig Teil der Strategie.

7. Akteure und Anforderungen

Um im gesellschaftlichen Wandel und insbesondere auf dem Weg in die Informationsgesellschaft bestehen zu können, müssen alle Beteiligten neue Einstellungen und Fertigkeiten entwickeln. Und dabei stellt die Aneignung der Qualifikationen, die der Umgang mit informationstechnischen Systemen erfordert, noch eines der geringeren Probleme dar.

Die Bürgerinnen und Bürger werden zukünftig weitaus stärker gefordert sein, an der Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme mitzuwirken. Forschungsergebnisse zum sozialpsychologischen Wertewandel und zu den

⁴¹ So Gesellschaft für Informatik und Informationstechnische Gesellschaft im Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (Hrsg.): Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung. Ein Memorandum des Fachausschusses Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik und des Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft im Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik, Bonn and Frankfurt 2000, S. 13.

Entwicklungsperspektiven von bürgerschaftlichem Engagement, die oben bereits angesprochen worden sind, geben Anlass zu der Hoffnungen, dass die dafür erforderliche Bereitschaft in breiten Schichten der Bevölkerung tatsächlich vorhanden ist.

Die politischen Entscheidungsträger werden sich in vielerlei Hinsicht umorientieren müssen. Bereits die Förderung technischer und organisatorischer Innovationen und die Entwicklung der in diesem Rahmen erforderlichen Leitbilder stellen hohe Anforderungen an sie. Was aber wohl noch schwerer wiegt, ist der Umstand, dass sich die Angehörigen der politischen Elite mit dem Gedanken vertraut machen müssen, dass die überkommene Fixierung der deutschen Demokratie auf repräsentative und damit parteiendominierte Entscheidungsverfahren nicht mit einer breiter angelegten Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme nach dem Governance-Prinzip vereinbar ist. Insbesondere in Anbetracht des Umstands, dass sich die Bürger nur dann stärker als bisher an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben beteiligen werden, wenn sie sich gleichzeitig auch in ihrer Rolle als politischer Auftraggeber ernstgenommen fühlen, gibt es nämlich zu einer moderaten Anreicherung der repräsentativen Entscheidungsverfahren um plebiszitäre und deliberative Elemente keine Alternative. Auch die Behördenleitungen und die Verwaltungsmitarbeiter werden umdenken und sich insbesondere auf in ihren Rechten gestärkte Bürger einstellen müssen, die zunehmend anspruchsvoll und kritisch, aber auch zunehmend zur Mitwirkung bereit sind.

Dass man im politisch-administrativen System der Bundesrepublik nicht selten dazu neigt, Probleme von heute mit den Mittel von gestern lösen zu wollen, oder – was sicherlich nicht besser ist – Probleme so lange wie möglich zu ignorieren, ist kaum zu übersehen. Indizien dafür finden sich nicht nur in Bereichen, die in den vorausgegangenen Kapiteln angesprochen worden sind, sondern auch auf vielen anderen Gebieten. Man denke nur daran, wie lang es gedauert hat, bis die mit der Überalterung der deutschen Gesellschaft verbundenen Fragen den Weg in den öffentlichen Diskurs bzw. auf die politische Agenda gefunden haben, und daran, dass die dann endlich zu ihrer Entschärfung ergriffenen Maßnahmen weit hinter den Anforderungen zurückgeblieben sind. Letzteres gilt auch für die sogenannte Riester-Rente ohne Einschränkung, weil diese den Aufbau einer Alterssicherung an reguläre Erwerbsarbeit knüpft, die für immer mehr Menschen eben immer weniger zu haben ist.

Nicht nur das Mediensystem, dessen Repräsentanten sich zunehmend im Schulterschluss mit dem politischen Establishment üben, auch die wissenschaftliche Politikberatung spielt hier häufig keine überzeugende Rolle. Ge-

legentlich kann man sich sogar des Eindrucks kaum erwehren, dass parteinahe Experten weniger als Wissenschaftler agieren, die Probleme exakter ausloten als Politiker und Bürokraten, um auf dieser Basis originelle Lösungsvorschläge zu unterbreiten, denn als eine neue Spezies von Priestern, die vor laufender Kamera die Versicherung abgeben, dass die Dinge trotz gegenläufiger Anzeichen noch immer so sind, wie sie einmal waren, und man sie gern weiterhin haben möchte.

Auf diese Weise bleibt es in der Bundesrepublik etwa auch nach dreißig Jahren Massenarbeitslosigkeit noch erlaubt, weiterhin an die Vollbeschäftigung als machtvollen, nur vorübergehend blockiertem Mechanismus zur Gewährleistung sozialer Sicherheit für alle zu glauben⁴², so dass sich viele Fragen, welche die strukturelle Arbeitslosigkeit im Zeitalter von Digitalisierung und Globalisierung aufwirft, erst gar nicht stellen. In solchen Fällen trägt ausgerechnet die Wissenschaft dazu bei, dass sich die Informationsgesellschaft, welche eben auch als Wissensgesellschaft gedacht wird, gelegentlich sogar als unwissende Gesellschaft darstellt, d.h. als Gesellschaft, die über sich selbst zu wenig weiß.

Auch hier könnte durch die Stärkung bürgerschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten vielleicht einen Beitrag zur Verbesserung der Lage geleistet werden. Wenn sich derartige Partizipationsinstrumente tatsächlich neben den parteiendominierten Verfahren der politischen Willensbildung etablieren und damit für mehr Konkurrenz und Pluralität sorgen sollten, wäre es nämlich durchaus möglich, dass der Raum, welcher für problemverzerrende und problemverdrängende Arrangements zwischen Medien, Politik und Wissenschaft zur Verfügung steht, eine empfindliche Einschränkung erfährt. Auch dem Lobbyismus, der die staatlichen Institutionen der Bundesrepublik lähmt, könnten auf diese Weise vielleicht einige Giftzähne gezogen werden. Man stelle sich etwa vor, man hätte zu den Fragen der Umgestaltung des deutschen Gesundheitswesens ein Bürgergutachten im Planungszellenverfahren erstellt und zur Grundlage einer öffentlichen Diskussion gemacht. Wäre es der Bundesregierung in diesem Fall ebenfalls möglich gewesen, die Reformen einseitig auf Kosten der Patienten durchzuführen, um dann nach zwei ungenutzten Legislaturperioden auch noch mit dem Thema Bürgerversicherung im Wahlkampf Punkte zu machen?

Wenn sich in den Führungsetagen der Wirtschaft veränderte Sichtweisen durchsetzen sollten, die der sozialen Verantwortung von Unternehmen besser Rechnung tragen als bisher, wäre damit schon viel erreicht. Inwieweit es

⁴² Siehe nur exemplarisch Niejahr, Elisabeth und Bernd Ulrich: Vollbeschäftigung ist möglich. Interview mit Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, in: Die Zeit Nr. 40 vom 23.09.2004, S. 28.

unter dem neuen Label von Corporate Citizenship tatsächlich gelingen kann, der Reichweite und Durchschlagskraft der ökonomischen Logik insbesondere auf der Ebene der sogenannten Global Player Grenzen zu setzen und sie mit einer Logik der nationalen oder regionalen Solidarität zu verbinden, bleibt allerdings abzuwarten. Dass eine ethische Selbstverpflichtung von grenzüberschreitend agierenden Unternehmen die Erträge einer Wirtschafts- und Finanzpolitik ersetzen könnte, wie sie vormals in von der Weltwirtschaft stärker abgegrenzten Volkswirtschaften erzielbar waren, werden wohl selbst ausgewiesene Optimisten kaum erwarten. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Komponente der Corporate Citizenship nicht als ein zu schwaches Glied in der Kette von Public Governance erweisen wird. Zu dem ernsthaften Versuch, die Potentiale der Unternehmen für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu erschließen, gibt es natürlich keine Alternative.

8. Schlussbemerkung

Abschließend sei auf einen Gedanken verwiesen, den Gerd Schmidt bereits 1990 formuliert hat, und der inzwischen sogar noch an Aktualität gewonnen hat⁴³: Angesichts der wachsenden Verflechtung der unterschiedlichsten Entwicklungen in den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft, die insbesondere durch den technischen Fortschritt vorangetrieben würden, wandle sich nicht nur die Gesellschaft grundlegend, sondern erfahre auch die sozialwissenschaftliche Kategorie des Wandels selbst eine Bedeutungsveränderung. Während es in der Vergangenheit noch sinnvoll gewesen sei, die „Metapher des Wandels“ vor allem mit Vorstellungen von „Trendentwicklung“ im Sinne von Produktivitätssteigerung und sozialem Fortschritt, von „Transparenz und Sicherheit“ im Sinne der Planbarkeit und Kalkulierbarkeit von Prozessen sowie von „Steuerbarkeit“ im Sinne einer linearen Abfolge von Planung, Durchführung und Kontrolle zu verbinden, erführen diese klassischen Assoziationen nun „einen deutlichen Plausibilitätsverlust“. Der Wandel in seiner neuen Form zeichne sich immer stärker durch Eigenschaften aus, die mit den Stichworten „Kontingenz, Unsicherheit und Selbststeuerung“ zutreffend beschrieben werden könnten. Um diesen Gedanken auf die hier behandelte Fragestellung zu beziehen: Viele Schwierigkeiten, die sich bei der Analyse und natürlich erst recht bei der Bewältigung der oben geschilderten Herausforderungen ergeben, resultieren nicht nur aus dem Wandel der Gesellschaft, sondern ebenso aus einem Wandel des Wandels. Der aus dieser Entwicklung resultierende Handlungsdruck ist so groß, dass man ihm nur durch die Entwick-

⁴³ Dies und das Folgende nach Schmidt, Gerd: Theorie der Technik, in: Biervert, Bernd und Kurt Monse (Hrsg.): Wandel durch Technik?, Opladen 1990, S. 128.

lung neuer, insbesondere breiter angelegter Formen der Problembearbeitung Rechnung tragen kann. Wo man darauf verzichtet, um überkommene Machtverteilungen und Arrangements nicht zu gefährden, hat man es weniger mit erfolgversprechenden Reformen zu tun als mit Reformrhetorik, die bestenfalls kosmetische Wirkungen entfalten kann.

Literaturverzeichnis

Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung, Frankfurt a.M. 1998.

Benz, Arthur: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?, in: Benz, Arthur: (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden 2004, S. 12-28.

Buchstein, Hubertus: Bittere Bytes, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4/1996, S. 583-607.

Bund und Misereor (Hrsg.): Kurzfassung der Studie zukunftsfähiges Deutschland, Bonn 1995.

Claessens, Dieter und Daniel Tyradellis: Konkrete Soziologie, Opladen 1997.

Denninger, Erhard: Freiheit durch Sicherheit?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2002, S. 22-30.

Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (Hrsg.): Die neuen Medien – innerstädtische Attraktivität kommunizieren, Berlin 2000.

Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Schlussbericht zur Globalisierung der Weltwirtschaft, Opladen 2002.

Enquetekommission Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Zur Ökonomie der Informationsgesellschaft, Bonn 1997.

Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement – auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Berlin 2002.

Fischermann, Thomas: Aufschwung paradox, in: Die Zeit Nr. 2 vom 31.12.2003, S. 22.

Fischermann, Thomas und Kolja Rudzio: Die Arbeit wandert aus, in: Die Zeit Nr. 16 vom 07.04.2004, S. 21-22.

Gesellschaft für Informatik und Informationstechnische Gesellschaft im Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (Hrsg.): Electronic Government als

Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung. Ein Memorandum des Fachausschusses Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik und des Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft im Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik, Bonn and Frankfurt 2000.

Gödde, Ralf: Ermittlungen im Internet, in: Deutsches Polizeiblatt 4/2001. S. 14-17.

Gröndahl, Boris: Abschied von der Subkultur?, in: Die Zeit Nr. 2 vom 15.01.1998, S. 10.

Janning, Heinz und Thomas Naujokat: Corporate Volunteering, in: Pröhl, Marga u.a. (Hrsg.): Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland – Anforderungen und Qualitätsbausteine. Band 3, Gütersloh 2002, S. 17-27.

Holtz-Bacha, Christina: Fragmentierung der Gesellschaft durch das Internet, in: Gellner, Winand und Fritz von Korff (Hrsg.): Demokratie und Internet, Baden-Baden 1998, S. 219-226.

Hutter, Reinhard: Angriffe auf Informationstechnik und Infrastrukturen – Realität oder Science Fiction?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41-42/2000, S. 31-38.

Hutter, Reinhard: Cyberterror – Risiken im Informationszeitalter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2002, S. 31-39.

Klages, Helmut: Die Realität des Wertewandels, in: Ansgar Klein (Hrsg.): Grundwerte der Demokratie, Bonn 1995, S. 81-86.

Klages, Helmut: Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/2001, S. 7-14.

Kleinsteuber, Hans: Informationsgesellschaft – Entstehung und Wandlung eines politischen Leitbegriffs, in: Gegenwartskunde 1/1997, S. 41-52.

Kubicek, Herbert: Was versteht man unter allgemeinem Zugang und worauf kommt es an?, in: Kubicek, Herbert u.a. (Hrsg.): Multimedia und Verwaltung, Heidelberg 1999, S. 332-338.

Kutscha, Martin: Anti-Terror-Paket – Fortsetzungslieferung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2001, S. 1298-1301.

Lahusen, Christian: Die Organisation kollektiven Handelns – Formen und Möglichkeiten internationaler Kampagnen, in: Altvater, Elmar u.a. (Hrsg.): Vernetzt und Verstrickt – Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster 2000, S. 176-195.

Lenk, Klaus: Electronic Government – die nächsten Schritte, in: Lüttich, Hans-Jürgen und Claus Rautenstrauch (Hrsg.): Verwaltungsinformatik 2000, Halle a.d.S. 2000, S. 170-180.

Leggewie, Claus: Demokratie auf der Datenautobahn, in: Leggewie, Claus und Christa Maar (Hrsg.): Internet und Politik, Köln 1998, S. 15-51.

Luhmann, Niklas: Autopoiesis als soziologischer Begriff, in: Haferkamp, Hans und Michael Schmid (Hrsg.): Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung, Frankfurt a.M. 1987, S. 307-324.

Messner, Dirk und Franz Nuscheler: Das Konzept Global Governance, Duisburg 2003.

Nagel, Hannes: Mit stumpfen Waffen, in: Internet World 3/2001, S. 46-51.

Niejahr, Elisabeth und Bernd Ulrich: Vollbeschäftigung ist möglich. Interview mit Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, in: Die Zeit Nr. 40 vom 23.09.2004, S. 28-29.

Prondzinski, Peter von: Internet, eine Herausforderung für alle, in: Deutsches Polizeiblatt 4/2001, S. 2-4.

Reinermann, Heinrich und Jörn von Lucke,: Speyerer Definition von Electronic Governance, in: Reinermann, Heinrich und Jörn von Lucke (Hrsg.): Electronic Government in Deutschland, Speyer 2002, S. 9-19.

Robert, Rüdiger: Globalisierung als Herausforderung des politischen Systems, in: Robert, Rüdiger (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland – Politisches System und Globalisierung, Münster 2000, S. 19-37.

Ruschkowski, Eick von: Lokale Agenda 21 in Deutschland – eine Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-32/2002, S. 17-24.

Schmidt, Gerd: Theorie der Technik, in: Biervert, Bernd und Kurt Monse (Hrsg.): Wandel durch Technik?, Opladen 1990, S. 121-133.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002, Bonn 2002.

Uchatius, Wolfgang: Die Jobs wandern aus, der Wohlstand wächst, in: Die Zeit Nr. 11 vom 04.03.2004, S. 10.

Weber, Birgit: Nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftsordnung, Opladen 1998.

Westebbe, Achim und David Logan: Corporate Citizenship, Wiesbaden 1995.

Winkel, Olaf: Nachhaltige Entwicklung als Leitbild internationaler Politik, in: Gegenwartskunde 4/1997, S. 377-406.

Winkel, Olaf: Sicherheit in der digitalen Informationsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41-42/2000, S. 19-30.

Winkel, Olaf: Informationsgesellschaft, in: Eichhorn, Peter u.a. (Hrsg.): Verwaltungsllexikon, Baden-Baden 2003, S. 500-502.

Winkel, Olaf: Electronic Government – die Konturen zeichnen sich immer deutlicher ab, in: Verwaltung & Management 2/2004, S. 126-132.

Winkel, Olaf: Zukunftsperspektive Electronic Government, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/2004, S. 7-15.

Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaats, Frankfurt a.M. 1998.